



© Gajus – stock.adobe.com

„Mitmachen, statt meckern“

Dr. Jürgen Welsch über die Arbeit der Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung (VV) ist das „Parlament“ der bayerischen Vertragszahnärzte. Sie wählt den hauptamtlichen Vorstand und verabschiedet den Haushalt. Wir sprachen mit dem VV-Vorsitzenden Dr. Jürgen Welsch darüber, warum es wichtig ist, sich standespolitisch zu engagieren.

BZB: Sie haben das Amt des VV-Vorsitzenden im Sommer 2021 übernommen. Wie kam es dazu?

Welsch: Der Anlass war ein sehr trauriger. Nach dem tragischen Tod unseres Kollegen Dr. Rainer Zajitschek war auch das Amt des VV-Vorsitzenden vakant. Zu der Sitzung, bei der ich gewählt wurde, hatte noch Dr. Zajitschek eingeladen. Wir mussten die Tagesordnung ändern und gleich zu Beginn einen neuen Vorsitzenden wählen. Die Mehrheitsfraktion des FVDZ hatte sich im Vorfeld auf mich verständigt. So wie Kollege Zajitschek komme ich aus Franken und bin Landzahnarzt. Mit den drei hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern Christian Berger, Dr. Rüdiger Schott und Dr. Manfred Kinner sowie dem stellvertretenden Versammlungsleiter Dr. Christian Öttl sind Stadt und Land, Franken, Schwaben und Altbayern in der Führung der KZVB vertreten. Hinzu kommt, dass ich langjährige standespolitische Erfahrung habe – unter anderem als FVDZ-Landesvorsitzender sowie als Mitglied vieler Ausschüsse innerhalb der KZVB.

BZB: Es wird zunehmend schwieriger, Kolleginnen und Kollegen zu finden, die sich standespolitisch engagieren wollen. Woran liegt das?

Welsch: Die Ursachen sind vielfältig. Der Berufsstand verändert sich. Die Zahl der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen nimmt langsam aber stetig ab, während die Zahl der Angestellten wächst. Fremdkapitalfinanzierte Medizinische Versorgungszentren in den städtischen Ballungsräumen beschleunigen diese Entwicklung. Dennoch bin ich überzeugt, dass der freiberuflich tätige Zahnarzt weiterhin das Rückgrat der Versorgung bilden wird. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir Einzelpraxen und kleinere Gemeinschaftspraxen, um den Patienten weite Wege zu ersparen. Die jungen Kollegen, die sich neu niederlassen, sind aber in den ersten Jahren meist so intensiv mit der Arbeit in ihrer Praxis beschäftigt, dass wenig Zeit für standespolitisches Engagement bleibt. Das liegt auch an der hohen Bürokratiebelastung, die man als Praxisinhaber hat. Bei den



„Selbstverwaltung kann gestalten“, sagt Dr. Jürgen Welsch, Vorsitzender der Vertreterversammlung der KZVB.

Angestellten scheint das Interesse an der Standespolitik generell geringer zu sein als bei den Selbstständigen.

BZB: Wie kann man hier gegensteuern?

Welsch: Die zahnärztlichen Körperschaften unternehmen vielfältige Anstrengungen, um standespolitischen Nachwuchs zu gewinnen. Es gibt spezielle Fortbildungen, die auch gut angenommen werden. Wichtig ist auch, dass man langsam in diese Aufgaben hineinwächst. Wir können nicht erwarten, dass ein junger Zahnarzt ganze Tage in München verbringt, obwohl er zu Hause in der Praxis gebraucht wird. Die Digitalisierung bietet hier große Chancen. Man kann an Sitzungen auch online teilnehmen und muss nicht quer durch Bayern reisen. Die berufspolitischen Verbände tagen schon immer überwiegend am Wochenende, damit sich möglichst viele Interessierte aktiv einbringen können.

BZB: Die VV der KZVB wird in der kommenden Wahlperiode deutlich vergrößert. Welche Gründe spielten hierfür eine Rolle?

Welsch: Die Zahl der Delegierten wurde durch eine Satzungsänderung von 27 auf 45 erhöht. Wir kehren damit zurück in die Zeit vor 2005, als die VV deutlich größer war als heute. Auch die Vollversammlung der BLZK hat mehr Delegierte, was kein Nachteil ist. Hinzu kommt: Die KZVB hat mittlerweile über 10.000 Mitglieder. Deshalb begrüße ich es, dass künftig mehr Kolleginnen und Kollegen mitentscheiden. Um es mit Willy Brandt zu sagen: Wir wagen mehr Demokratie. Ich hoffe sehr, dass die VV insgesamt noch heterogener wird. Wir brauchen mehr Frauen und mehr jüngere Kollegen, um gemeinsam das Beste für den Berufsstand zu erreichen.

BZB: Was kann die Selbstverwaltung angesichts immer enger werdender Handlungsspielräume erreichen?

Welsch: Sie haben Recht: Die Politik entscheidet immer mehr von oben herab. Dennoch kann die Selbstverwaltung gestalten. Und das tut sie in Bayern. Beispiele dafür sind unser niedriger Verwaltungskostenbeitrag, ein Honorarverteilungsmaßstab, der seit seiner Einführung nicht zur Anwendung kam, und eine klare Haltung gegenüber der Telematik-Infrastruktur (TI). Die VV hat hierzu einstimmige Beschlüsse gefasst. Wir wollen einen kompletten Relaunch der TI ohne Sanktionen bei Nichtanbindung und ohne eine zentrale Speicherung hochsensibler Patientendaten. Das Wichtigste ist und bleibt aber: Wir kämpfen für den Erhalt der Freiberuflichkeit. Darin sind sich alle in der VV vertretenen Fraktionen einig.

BZB: Im Sommer wird eine neue VV gewählt. Rechnen Sie mit einer hohen Wahlbeteiligung?

Welsch: Ich kann an dieser Stelle nur an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Der zeitliche Aufwand ist bei einer Briefwahl minimal. Ich hoffe natürlich, dass mehr Delegierte auch dazu führen, dass mehr Zahnärzte an der Wahl teilnehmen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist die Legitimation, die wir brauchen, um die Interessen der Kollegen mit Nachdruck gegenüber der Politik und den Krankenkassen vertreten zu können. Mitmachen, statt meckern – das muss unser Anspruch sein.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Redaktion